



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 24

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Bildungs- und Berufsorientierung intensivieren und verpflichtend in allen Schultypen anbieten

Aktuelle Studien und Erhebungen zeigen: Jugendliche, junge Erwachsene und Erziehungsberechtigte sind zu wenig informiert und unterstützt, wenn es um bevorstehende Bildungswegentscheidungen geht. Besonders rund um die entscheidenden Schnittstellen des österreichischen Bildungssystems (8./9. Schulstufe, Matura) fällt dieser Mangel ins Gewicht.

Der Bundesarbeitskammer ist es ein Anliegen, dass zukünftige Arbeitnehmer:innen eine qualitätsvolle Bildungs- und Berufsorientierung erhalten – einerseits um frustrierenden Bildungswegverlusten und frühzeitigen Abbrüchen entgegenzuwirken. Andererseits wollen wir gewährleisten wissen, dass in den laufenden wirtschaftlichen, technologischen wie gesellschaftlichen Transformationsprozessen Jugendliche wie junge Erwachsene ihre Bildungs- und Berufswahlentscheidung bestmöglich orientiert und auf Basis ihrer Fähigkeiten, Interessen und Talente treffen können – insbesondere mit Blick auf den sozial-ökonomischen Umbau und die Digitalisierung. In diesem Zusammenhang gilt es auch, das unterschiedliche Berufswahlverhalten von Mädchen und Burschen mitzudenken und ihnen Wege abseits klassischer Rollenvorstellungen aufzuzeigen. All das kann nur gelingen, wenn das Angebot zur Bildungs- und Berufswahl alle damit Beschäftigten miteinbezieht: zentral natürlich die Jugendlichen/jungen Erwachsenen selbst, ihre Erziehungsberechtigten und ihre Lehrer:innen/ Pädagog:innen.

Das hoch selektive österreichische Bildungssystem zwingt Schüler:innen zu einer im internationalen Vergleich sehr frühen Bildungswegentscheidung. Gleichzeitig hängen die Bildungschancen junger Menschen immer noch stark von den verfügbaren Ressourcen im Elternhaus und persönlichen Umfeld ab – Bildung wird sozial vererbt. Studien und Befragungen zeigen außerdem sehr deutlich, dass Eltern einen großen Einfluss auf die Bildungs- und Berufswahl der Jugendlichen und jungen Erwachsenen haben. Sie wünschen sich mehr Informationen und Einblicke in Berufsbilder, Ausbildungs- und Karrieremöglichkeiten, um besser bei diesen Schlüsselentscheidungen unterstützen zu können. Das gilt besonders für Eltern, die selbst nicht im österreichischen Bildungssystem aufgewachsen sind. In den Schulen müssen Lehrer:innen sowie anderes pädagogisches Personal das Rüstzeug bekommen, diesen Prozess der Bildungs- und Berufswahl kompetent zu begleiten.

Da der neue Lehrplan (ab Herbst 2023) der verbindlichen Übung „Bildungs- und Berufsorientierung“ in der Sekundarstufe I, einige der Forderungen des beschlossenen Antrages der 170. Hauptversammlung (17.6.2021) enthält – bspw. die Einbindung der Sozialpartner, Berücksichtigung von ehrenamtlichen Engagement und dem fächerübergreifenden Erwerb von Sozial- und Alltagskompetenzen – bekräftigt dieser Antrag noch nicht umgesetzte Punkte (zB die Forderung nach einem eignen Fach). Die Bildungs- und Berufswahl ist einer dynamischen Entwicklung unterworfen, vor allem auch durch den digitalen Wandel und sozial-ökologische Transformationsprozesse. Auf Basis neuester Forschungsergebnisse ergeben sich auch neue Forderungen, insbesondere hinsichtlich der Einbeziehung aller relevanten Personengruppen, die Jugendliche und junge Menschen bei ihrer Bildungs- und Berufswahl beeinflussen und begleiten.



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- **Bildungs- und Berufsorientierung als verbindliche Übung in einem eigenen Fach in allen Schultypen ab der 5. Schulstufe, sowie die Einführung von Bildungs- und Berufsorientierungsangeboten in allen berufsbildenden Schulen auf der 9. Schulstufe. Besonders ist hier auf Ausgewogenheit und Einbeziehung verschiedener Informationsquellen und Ausbildungslaufbahnen zu achten.**
- **Verpflichtende Beratung und Orientierungsphase zur Bildungs- und Berufswahl im letzten Schuljahr (Matura-Jahr)**
- **Berufspraktische Tage als verbindliche Maßnahme in allen Schultypen in der 8. Schulstufe einführen und die Schulen dazu anhalten Schüler:innen bei der Suche nach einem passenden Unternehmen zu unterstützen. Damit verbunden: Einrichtung einer Servicestelle für die Berufspraktischen Tage.**
- **Parallel soll ein Regelwerk auf sozialpartnerschaftlicher Ebene entwickelt werden, in dem Arbeitgeber:innen ebenfalls stärker in die Verantwortung genommen werden können berufspraktische Tage in ihrem Betrieb zu ermöglichen.**
- **Verankerung des Themas Bildungs- und Berufswahl (BBO) in den Curricula der Lehrer:innenausbildung auf der Sekundarstufe I in Form eines Wahlpflichtmoduls**
- **Fokus Elternarbeit: Lehramtskandidat:innen aller Fächer sollen sich im Rahmen der Einführungsphase („Induktionsphase“) verpflichtend mit dem Thema Elternarbeit in der Bildungs- und Berufswahl (BBO) auseinandersetzen**

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich